

**17****83**

# Union in Deutschland

Bonn, den 5. Mai 1983

## REGIERUNGSERKLÄRUNG

abgegeben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Plenum  
des 10. Deutschen Bundestages am 4. Mai 1983

# Programm der Erneuerung: Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung

- I. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft
  1. Abbau der Arbeitslosigkeit
  2. Sanierung der öffentlichen Finanzen
  3. Sicherung der Renten
- II. Die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht
- III. Die technologische Herausforderung
- IV. Der freiheitliche Rechtsstaat
- V. Frieden, Freiheit, Sicherheit
  1. Die Allianz als Friedensfaktor
  2. Europa – eine historische Aufgabe
  3. Friedenssicherung durch Abrüstung
  4. Frieden durch Gerechtigkeit in der Welt
- VI. Die Nation bewahren

Die Koalition der Mitte begann ihre Arbeit in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates war erschüttert. Die Bundesrepublik Deutschland war bündnispolitisch ins Zwielficht geraten.

Die Regierung der Mitte hat einen Anfang gemacht, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, die Systeme der sozialen Sicherheit zu festigen, der Wirtschaft wieder Mut und den Menschen wieder Vertrauen zu geben. Der Aufschwung hat begonnen. Mit unserer Außen- und Bündnispolitik stehen wir dort, wo wir stehen müssen: auf der Seite der Freiheit, an der Seite unserer Freunde.

**Die Regierungsparteien — CDU, CSU und FDP — haben vor der Wahl getan, was getan werden mußte, und gesagt, was nach der Wahl zu tun ist. Der Wähler hat unserm Programm der Erneuerung zugestimmt.**

**Mein Dank gilt denen, die uns mit überzeugender Mehrheit gewählt haben.**

Meine Achtung gilt auch denen, die in der Minderheit geblieben sind. Der demokratische Staat braucht beide: Regierung und Opposition. Alle Abgeordneten sind Repräsentanten der Bürger und für das Gemeinwohl verantwortlich. Ich hoffe, daß diese gemeinsame Verantwortung unsere parlamentarische Arbeit prägt. Ich wünsche uns allen einen fairen Stil des Umgangs miteinander. Er dient der Sache und unserer politischen Kultur.

Vieles von dem, was sich bei Gründung der Bundesrepublik Deutsch-

land von selbst verstand, müssen wir heute erklären.

Was für die Gründergeneration der Republik Frucht ihrer Erfahrung war, müssen die Kinder und Enkel neu erwerben. Gespräch und Verständnis zwischen den Generationen sind schwieriger geworden. Alle sind gefordert, mit Maß und Mut miteinander zu reden.

So schwer die Aufgaben unserer Zeit auch sein mögen: Es besteht kein Grund zu resignieren. Wir glauben an Kraft, Wissen und Willen unseres Volkes. Die Herausforderungen zum Ende des 20. Jahrhunderts können und werden wir bestehen.

## Die neue Zuversicht

**Sieben Leitgedanken bestimmen unsere Arbeit:**

I. Persönliche Freiheit und sinnerfüllte Arbeit, Wohlstand für alle und soziale Sicherheit sind mit Geist und Leistungskraft der Sozialen Marktwirtschaft zu erreichen. Nur mit dieser Ordnung sind die technologischen und ökologischen Aufgaben unserer Zeit im freiheitlichen Sinne zu lösen.

II. Wir wollen die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Mitmenschlichkeit ist praktizierter Bürgersinn. Das gehört zu der geistigen Erneuerung, die wir wollen. Deshalb ermutigen wir die Bürger, nicht nur zu fragen: „Wer hilft mir?“, sondern auch: „Wem helfe ich?“ Eine Gesellschaft beweist ihre Humanität, wenn viele für andere da sind — und nicht nur jeder für sich selbst.

III. Wir wollen die moderne Gesellschaft. Wir können den sozialen und technologischen Wandel unserer Zeit nur als leistungsfähiges Industrieland bewältigen. Der technische Fortschritt bringt nicht nur Gefahren. Er nimmt auch Lasten von den Menschen und eröffnet ihrer Schöpferkraft neue Räume. Wir wünschen uns wieder ein Verständnis der Arbeit, das der Tradition europäischer Geistesgeschichte entspricht: Arbeit ist nicht nur Broterwerb.

IV. Wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurück, damit er sie zuverlässig erfüllt. Ansprüche können nicht stärker wachsen als Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Bürger. Wer Rechte hat, hat auch Pflichten.

V. Wir gehören zum Westen. Das Bündnis für Freiheit und Frieden ist fester Bestandteil deutscher Politik. Hier verbinden sich unsere Grundwerte, unsere Lebensform und unsere Sicherheit. Der Frieden braucht die Freundschaft mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

VI. Die politische Union Europas bleibt unser großes Ziel. Die Einigung Europas war ursprünglich weit mehr als ein Angebot materieller Vorteile. Sie muß es wieder werden. Unsere politische Kultur braucht vor allem den europäischen Horizont.

VII. Die deutsche Nation besteht fort. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für das Ende der Teilung Europas. Wir werden alles tun, um in Frieden die deutsche Einheit zu erstreben und zu vollenden.

Dies sind die Leitsätze meiner Regierung. Wir werden uns an ihnen orientieren. Aber Politik muß auch die Grenzen ihrer Möglichkeiten erkennen:

- Der Frieden ist nur so sicher wie das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt.
- Die Freiheit reicht nur so weit, wie sie sich nicht selbst zerstört.
- Die Ansprüche an den Sozialstaat können nicht stärker befriedigt werden, als es die Leistungskraft der Wirtschaft zuläßt.
- Das Gemeinwesen ist nur überlebensfähig, wenn es die Fähigkeit zum Wandel beweist.

In diesen Spannungsfeldern müssen wir uns behaupten. Jetzt ist nicht die Zeit für große Versprechungen. Es ist aber höchste Zeit für die Politik der Erneuerung.

## I. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Diese Politik muß sich zuerst beweisen in der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Alle geschichtlichen Erfahrungen dieses Jahrhunderts lehren: Eine Wirtschaftsordnung ist um so erfolgreicher, je mehr sich der Staat zurückhält und dem einzelnen seine Freiheit läßt. Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Wir wollen nicht mehr Staat, sondern we-

niger; wir wollen nicht weniger, sondern mehr persönliche Freiheit.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur die erfolgreichste Wirtschaftsform, sie ist auch dem Menschen gemäß:

Sie fordert den Bürger, aber sie verfügt nicht über ihn.

Wir machen Schluß damit, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu erproben. Das Ergebnis dieser falschen Politik war

- Massenarbeitslosigkeit: Ein Ende ihres Anstiegs war nicht in Sicht.
- Investitionsschwäche: Der Anteil der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt hat 1970 über 27% betragen, 1982 weniger als 21%.
- Firmenzusammenbrüche: In den 60er Jahren gab es weniger als 4 000 Konkurse im Jahr, 1982 dagegen fast 16 000.

Seit der Amtsübernahme von CDU/CSU und FDP im Oktober 1982 haben wir verhindert, daß aus der Talfahrt unserer Wirtschaft ein Absturz wurde. Der Aufschwung wurde möglich:

- Die Teuerungsrate, die Anfang 1982 noch über 6% betragen hatte, ist inzwischen auf 3,5% gesunken.
- Die Deutsche Bundesbank hat alle Möglichkeiten genutzt, die Zinsen zu senken. Das Ergebnis ist für alle spürbar; so lag zum Beispiel der Hypothekenzins vor zwei Jahren noch bei 12%, heute liegt er bei 7,5 bis 8%.
- Die private Nachfrage hat sich belebt, und die Produktion nimmt in vielen Bereichen wieder zu.
- Durch ihr Dringlichkeitsprogramm

hat die Bundesregierung ein zusätzliches Bauvolumen von 100 000 Wohnungen ausgelöst, das bis zu 200 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft sichert.

- In den ökonomischen Beziehungen mit dem Ausland hat die Bundesrepublik das Gleichgewicht wieder erreicht. Nach hohen Leistungsbilanzdefiziten wurde 1982 wieder ein Überschuß von 7 Mrd. DM erzielt.
- Die Deutsche Mark ist international wieder mehr wert.

Das alles zu erreichen, war wichtig genug. Noch wichtiger ist, der Wirtschaft wieder zu einer robusteren Konstitution zu verhelfen.

**Aufgabe Nummer eins ist die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Hier geht es nicht nur um ein wirtschaftliches Problem, sondern auch um ein Gebot der Menschlichkeit.**

Die Jahre der Krisen haben gelehrt, daß administrative Gängelung nicht weiterhilft. Die Regierungen haben ihr Versprechen, Vollbeschäftigung zu garantieren, nicht gehalten — nicht halten können. Sogenannte Beschäftigungsprogramme haben Milliarden verschlungen, ohne die Lage am Arbeitsmarkt zu stabilisieren.

Wir werden nicht neue Versprechungen machen, sondern die Ursachen der Fehlentwicklung bekämpfen.

Ich habe bei meiner Amtsübernahme im Oktober gesagt und wiederhole dies heute vor dem Deutschen Bundestag mit dem gebotenen Ernst: Wir haben einen langen Weg vor uns. Kei-

ne Politik ist in der Lage, die Hypothesen der Vergangenheit kurzfristig zu tilgen und die Probleme der Zukunft schnell zu lösen.

Vier Schwerpunkte werden in dieser Legislaturperiode die Arbeit der Bundesregierung zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise bestimmen:

- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Wiedergewinnung eines angemessenen Wachstums
- weitere Sanierung der öffentlichen Finanzen
- Sicherung der Renten

### Abbau der Arbeitslosigkeit

Wir wollen kein konjunkturelles Strohfeuer entzünden, sondern eine dauerhafte Belebung der Wirtschaft erreichen.

Unsere Wirtschaftspolitik wird berechenbar sein. Wir werden die Investitionskraft stärken und den notwendigen Strukturwandel erleichtern, indem wir

- für stabiles Geld sorgen;
- den öffentlichen Kapitalbedarf vermindern;
- die Bildung von Eigenkapital fördern;
- die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen erleichtern.

Die 80er Jahre sind ein Jahrzehnt des notwendigen Umbaus der deutschen Wirtschaft. Wir müssen bei der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung Anschluß halten und ihn zurückgewinnen, wo wir ihn verloren haben. Wir müssen zur Spitze vorstoßen. Deshalb bekennen wir uns zu ei-

ner verantwortungsbewußten Leistungselite: Jede Gemeinschaft kann auf Dauer nur so leistungsfähig sein wie die Menschen, aus denen sie besteht.

**Ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung zeigen den Weg zum Erfolg: den Investitionswillen und die Investitionsfähigkeit zu stärken. Nur über wachsende Investitionen, durch eine wachsende Wirtschaft wird es ein wachsendes Angebot an Arbeitsplätzen geben.**

Kapitalbildung ist die Voraussetzung für die notwendige Modernisierung unserer Wirtschaft. Voraussetzung für Kapitalbildung ist eine Stärkung der Ertragskraft unserer Unternehmen. Nur wenn wir sicherstellen, daß es sich wieder lohnt, unternehmerische Risiken einzugehen, wird das dazu erforderliche Kapital in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Sparen war immer eine Tugend der Deutschen; die Mehrheit der Sparer sind Arbeitnehmer. Für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft werden wir sehr bald einen Gesetzentwurf vorlegen.

Die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer stärkt die Eigenkapitalbildung der Unternehmen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind Partner im Unternehmen.

Arbeiter und Angestellte, Meister und Gesellen, die Selbständigen und die Angehörigen der freien Berufe, besonders die kleinen und mittleren Unternehmen in Handel, Handwerk und

Industrie — sie alle sorgen für die Beweglichkeit und Dynamik unserer Wirtschaft. 13 Millionen Menschen, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, sind in der mittelständischen Wirtschaft tätig. Sie sollen ohne bürokratische Hemmnisse arbeiten können. Wir werden den Mittelstand von überflüssiger Reglementierung entlasten.

Für alle Bürger muß wieder gelten: Wer mehr wagt und wer sich mehr plagt, der hat auch Anspruch auf Erfolg und Gewinn.

Wirtschaft und Gesellschaft brauchen dynamische Unternehmer. Ihr Wagemut und ihre Entscheidungskraft sind gerade in den vor uns liegenden schwierigen Zeiten verlangt. Diese Tugenden waren gemeinsam mit Tüchtigkeit und Fleiß der Arbeitnehmer Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg nach dem Krieg.

**Die Bundesregierung würdigt die Leistungen und die Verantwortungsbereitschaft der deutschen Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Die Leistungen der deutschen Wirtschaft wären ohne sie nicht denkbar. Die Tarifabschlüsse dieses Jahres haben erneut bewiesen, daß unsere Gewerkschaften gewillt sind, gesamtwirtschaftliche Verantwortung zu tragen.**

Wir vertrauen auch weiterhin auf das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften, ich werde jede Gelegenheit zu Gesprächen mit ihnen wahrnehmen.

Die Bundesregierung bejaht eine flexible Gestaltung des Arbeitslebens.

Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit darf jedoch nicht zu einer zusätzlichen Gesamtbelastung der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen führen.

Zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze erleichtern die berufliche Eingliederung der steigenden Zahl von Arbeitnehmern. Außerdem kann damit den Arbeitszeitwünschen vieler Arbeitnehmer besser entsprochen werden. Die Bundesregierung appelliert an alle Arbeitgeber, mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze anzubieten.

Fast ein Drittel des Sozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland verdanken wir unserer Exportwirtschaft. Wir müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit im Preiskampf und technologischen Wettstreit sichern. Wir sind für den freien Welthandel. Nur freier Austausch, nicht Protektionismus, sichert Beschäftigung und Wohlstand.

**Diese Haltung werde ich beim bevorstehenden Treffen der westlichen Industriestaaten in Williamsburg entschieden vertreten. Ich erwarte, daß auch unsere Partner sich zum freien Welthandel bekennen.**

Wir Deutsche haben in den vergangenen Wochen bei der Neufestsetzung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem bewiesen, daß wir faire Partner sind.

Nur im Geist gemeinsamer Verantwortung für eine freie Weltwirtschaft werden wir die schwelenden internationalen Finanzkrisen überwinden. Die Zusammenarbeit zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern, zwischen ihren Notenbanken, Weltbank und Interna-

tionalem Währungsfonds sowie den Geschäftsbanken ist unerlässlich, um unkontrollierbare Zuspitzungen zu vermeiden.

Für den Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist die sichere und wirtschaftliche Energieversorgung unentbehrlich. Wir wollen Energie sparsamer nutzen, den Verbrauch von Öl weiter verringern und die Energieversorgung unseres Landes zu international wettbewerbsfähigen Bedingungen sichern. Dabei ist die Schonung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen selbstverständlich.

Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie haben wir einen hohen Sicherheitsstandard erreicht. Wir können auf die umweltfreundliche Energiequelle nicht verzichten. Wir werden auch die zukunftsweisenden Reaktortechnologien zum Erfolg führen. Die Entsorgung muß zügig verwirklicht werden. Die Technologie neuer, auch regenerierbarer Energien wird fortentwickelt.

**Das Ruhrgebiet war immer ein Zentrum wirtschaftlicher Leistungskraft und industriellen Fortschritts. Das verdanken wir den Menschen im Revier, ihrem Arbeitswillen und Unternehmungsgeist. Wir wollen helfen, die Leistungskraft des Reviers wiederherzustellen.**

Die Kohle wird gebraucht. Der Bergbau hat Zukunft im Wärmemarkt, in der Industrie und bei der Veredelung. Forschung und Entwicklung werden wir gezielt fördern. Der Jahrhundertvertrag mit der Elektrizitätswirtschaft sichert den Vorrang der heimischen

Kohle. Unsere Unterstützung für die deutsche Stahlindustrie nützt auch der heimischen Kohle.

In der Stahlindustrie wird die Bundesregierung den internationalen Subventionswettbewerb bekämpfen. Wir verlangen von den deutschen Unternehmen ein überzeugendes Konzept zur Neuordnung und Kapazitätenanpassung, das wir dann im Rahmen angemessener Fristen unterstützen werden. Hier steht auch die Mitbestimmung vor einer neuen Bewährungsprobe: Im Aufsichtsrat sind Kapitaleigner wie Gewerkschaften vertreten. Beide sind in dieser Verantwortung gefordert.

**Anpassungsprobleme gibt es auch anderswo, so bei den Werften und der Deutschen Bundesbahn. Wir können die bestehenden Strukturen nicht um jeden Preis erhalten. Neue Überlegungen sind nötig. Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei den Unternehmen. Die Bundesregierung wird Lösungen unterstützen, die Erfolg versprechen.**

Ermunternde Beispiele kleiner und mittlerer Werften zeigen: Mut zu mehr Markt ist auch hier der richtige Weg. Um den Werften die Anpassung an den Markt zu erleichtern, wird die Bundesregierung die Hilfen für Schiffbauindustrie und Reeder befristet fortsetzen.

Die Wirtschaftslage der Deutschen Bundesbahn belastet den Verkehrshaushalt immer stärker. Die Bahn muß ein Unternehmenskonzept erarbeiten, das zu Kostensenkungen und Ertragssteigerungen führt. Dabei muß

der öffentliche Personennahverkehr berücksichtigt werden.

Die Bahn ist für uns unverzichtbar. Aber wir müssen dafür sorgen, daß sie nicht unbezahlbar wird.

Wir brauchen ein modernes, alle Regionen verbindendes Verkehrsnetz. Im Straßenbau werden wir Lücken schließen und Verkehrswege verbessern. Den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals wollen wir vollenden und den Ausbau der Saar fortsetzen. Sinnvolle Arbeitsteilung zwischen öffentlichen und privaten Verkehrsträgern ist die Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Investitionspolitik.

Im Wohnungs- und Städtebau werden wir unsere erfolgreiche Politik fortführen.

Wir wollen, daß viele Bürger Wohneigentum erwerben können. Steuerliche Verzerrungen werden wir beseitigen und familienfreundliche Lösungen anstreben. Sozialer Wohnungsbau wie Wohngeld gehören zur Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Städte und Dörfer sollen schöner, der Wohnwert verbessert werden. Auch die Baulandprobleme müssen wir lösen. Wir werden prüfen, wie das Angebot von Bauland erweitert werden kann.

Für ein einheitliches Baurecht wird die Bundesregierung Leitlinien vorlegen.

Die Raumordnung soll mit der Struktur- und Umweltpolitik besser koordiniert werden.

**Agrarpolitik ist auch Gesellschaftspolitik für den ländlichen Raum. Unsere Landwirte sichern die Ernährung unserer Bevölke-**

**rung. Sie haben ein Recht auf Lebensverhältnisse, die denen der übrigen Erwerbstätigen gleichwertig sind. Die eigenständige soziale Sicherung der Landwirte hat sich bewährt und muß erhalten bleiben.**

Agrarpolitik ist zugleich ein wichtiger Teil des europäischen Einigungswerkes. Deshalb unterliegt sie Regelungen, die stark vom Interessenausgleich in der Europäischen Gemeinschaft geprägt sind. Wir werden uns beharrlich für unsere Landwirte und Verbraucher einsetzen.

Wir wollen ein breitgestreutes Bodeneigentum und das Miteinander von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel; wir wollen vor allem den bäuerlichen Familienbetrieb erhalten.

Wir wissen: Der Staat allein kann die Probleme nicht lösen. Er soll dies auch gar nicht behaupten. Die Regierung braucht und will die Mitverantwortung aller Bürger.

## **Die Sanierung der öffentlichen Finanzen**

Viele sind zu lange dem Trugschluß erlegen, daß mehr verteilt werden kann, als erarbeitet worden ist. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft verlangt auch die Rückkehr zu solider Haushaltsführung. Eine gesunde Wirtschaft setzt geordnete Finanzen voraus.

Die Ausgabendynamik muß gebremst, die jährliche Neuverschuldung zurückgeführt werden. Das Wachstum der Bundesausgaben soll in den

nächsten Jahren deutlich unter dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts liegen. Die Struktur der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen muß stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden. Die Reduzierung der Staatsquote belebt die Kräfte der Wirtschaft.

**Die Sanierung der öffentlichen Finanzen wird Einschränkungen und Opfer mit sich bringen. Sie sind unausweichlich, wenn wir die Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und die soziale Sicherheit gewährleisten wollen, ohne kommende Generationen unzumutbar zu belasten.**

Die Bundesregierung setzt die im Herbst 1982 eingeleitete finanzpolitische Wende fort. Wir wissen: Unsere Ziele sind nur schrittweise zu erreichen.

Für 1984 heißt das:

1. Der Bundeshaushalt soll gegenüber 1983 um nicht mehr als 2 Prozent wachsen. Das setzt voraus, daß die Bundesausgaben — im wesentlichen im konsumtiven Bereich — noch einmal um 6 bis 7 Milliarden DM gekürzt werden.
2. Die Neuverschuldung des Bundes soll auf der Grundlage der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung unter 40 Milliarden DM liegen. Dieser Betrag ist noch zu hoch. Wir werden ihn in den kommenden Jahren weiter zurückführen.
3. Durch Umschichtung im Haushalt wollen wir für Investitionen sowie zur Förderung von Wirtschaftsbelebung und Vollbeschäftigung zusätzlich 1 bis 1,5 Milliarden DM zur

Verfügung stellen. Die Deutsche Bundespost hat ihr Investitionsvolumen auf 14,9 Milliarden DM erhöht.

4. Wir wollen den Etat konsolidieren, ohne die Steuern zu erhöhen.

Wir werden die Konsolidierung des Bundeshaushalts nicht zu Lasten von Ländern und Gemeinden vornehmen. Sie sind Hauptträger öffentlicher Investitionen.

Mischfinanzierungen von Bund und Ländern wollen wir einschränken, um wieder zu einer klaren Aufgabentrennung zu kommen. Wir werden bei der Krankenhausfinanzierung damit beginnen.

Unsere Steuerpolitik wird verlässliche und überschaubare Bedingungen für die Wirtschaft und für alle Bürger schaffen. Wir wollen mehr Stetigkeit in der Steuerpolitik.

Wir werden das Steuersystem Schritt für Schritt umgestalten: Wir wollen private Initiativen fördern. Leistung darf nicht länger bestraft werden.

Für 1983 sind Steuerrechtsänderungen bereits beschlossen. Darüber hinaus werden wir Steuerentlastungen einleiten. Sie sollen

- die Leistungsbereitschaft erhöhen,
- Investitionen und Innovationen anregen und
- die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken.

Mit dem Mehraufkommen aus der zweiten Hälfte der Umsatzsteuererhöhung sollen die Vermögensbildung gefördert und steuerliche Erleichterungen zugunsten der gewerblichen, insbesondere der mittelständischen

Wirtschaft geschaffen werden. Die Einzelheiten werden wir mit dem Haushalt 1984 festlegen.

**Wir wollen eine gerechtere Besteuerung. Deshalb werden wir zum Beispiel die Möglichkeiten für Steuerersparnisse einschränken, die sich für Bezieher höherer Einkommen aus der Beteiligung an sogenannten Verlustzuweisungsgesellschaften ergeben.**

Die Progression der Lohn- und Einkommensteuer belastet unsere Bürger um so stärker, je mehr sie leisten. Der Aufschub der Tarifierpassung kommt hinzu. Der Lohn- und Einkommensteuertarif muß also neu gestaltet werden. Aber Umfang und Zeitpunkt hängen davon ab, daß die öffentlichen Finanzen gesunden und die gesamtwirtschaftliche Lage sich günstig entwickelt.

Eine dauerhafte Gesundung der Wirtschaft verlangt auch, daß wir

- die Subventionen überprüfen,
- die Wirtschaft von Auflagen und Pflichten entlasten, die mehr kosten als sie bringen, und
- die staatlichen Leistungen effektiver einsetzen.

## Sicherung der Renten

Zu den Erfahrungen der letzten Jahre gehört: Jede Überforderung der ökonomischen und finanziellen Grundlagen gefährdet die soziale Sicherheit.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, hat Anspruch auf eine sichere Rente.

**Die Bundesregierung wird an diesem Prinzip der Altersversicherung festhalten. Die Rentner kön-**

**nen sich auf uns verlassen, daß die Renten sicher sind und sicher bleiben.**

Wir haben bereits wichtige Maßnahmen zur aktuellen Sicherung der Leistungsfähigkeit der Rentenversicherungsträger und zur Anpassung der Rentenversicherung ergriffen. Jetzt kommt es darauf an, diese ersten Erfolge zu festigen und die Renten auch langfristig auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

Wir beginnen mit folgenden Maßnahmen:

1. Wir werden die bisher ungenügend erfaßten Sonderzahlungen zum Arbeitsentgelt in die Sozialversicherung einbeziehen.
2. Die Renten werden dem Anstieg der Arbeitnehmereinkommen zeitnäher angeglichen.
3. Die Voraussetzungen für Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten werden enger gefaßt. Die Kinderzuschüsse bei Neurenten werden durch das Kindergeld ersetzt.
4. Vom Krankengeld werden ab 1. Januar 1984 Beiträge zur Rentenversicherung geleistet.
5. Damit eine sonst notwendige Verschiebung des Renten Anpassungstermins im Jahre 1984 vermieden werden kann, hat das Kabinett folgenden Auftrag erteilt:  
Der Bundesarbeitsminister soll bis zur Beratung der Begleitgesetze zum Bundeshaushalt 1984 einen finanziell gleichwertigen, den sozial- und finanzpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung entsprechenden Einsparvorschlag vorlegen.

Zusammen mit diesen fünf Maßnahmen werden wir eine umfassende Strukturreform der Rentenversicherung einleiten. Sie ist notwendig wegen unserer katastrophalen demographischen Entwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt ab, und die Zahl der Rentner nimmt zu. In den nächsten zwei Jahrzehnten wird die Zahl der über 60jährigen um etwas über eine Million zunehmen. Gleichzeitig wird die Zahl der in das Erwerbsleben Eintretenden um über 4 Millionen abnehmen. So werden immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen.

Ich kann Sie alle nur herzlich einladen, sich an der großen Aufgabe der Strukturreform der Renten zu beteiligen. Im Interesse der Rentner, meine Damen und Herren, wollen wir uns um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

Wir werden eine Lösung herbeiführen. Aber ich bitte zu überlegen, ob dies nicht ein Thema wäre, bei dem alle demokratischen Parteien für die Zukunft Sinn und Erfolg sehen könnten, wenn es zu einem gemeinsamen Werk aller käme.

Dabei gelten für uns insbesondere folgende Prinzipien:

1. Die Rente muß beitragsbezogen bleiben.
2. Die Renten sollen sich wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln.
3. Der Bundeszuschuß muß auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden.

Die Bundesregierung wird die Hinterbliebenenversorgung in der Rentenversicherung entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1975 neu ordnen. Aus finanziellen Gründen kommt zunächst nur eine begrenzte Neuregelung in Betracht. Sie soll die Gleichbehandlung von Frauen und Männern gewährleisten. Bei der endgültigen Regelung muß der Frau eine eigenständige soziale Sicherung gegeben werden, die dem Leitbild der Partnerschaft zwischen Frau und Mann entspricht.

**Wir haben eine besondere Verantwortung gegenüber den Opfern des Krieges. Die Arbeit der Kriegsofferverbände verdient unsere besondere Anerkennung. Der hervorgehobene Rang der Kriegsofferverversorgung in der sozialen Sicherung bleibt unangetastet. Von speziellen Sparmaßnahmen bleiben die Kriegsoffer ausgenommen.**

Mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft geht es uns nicht nur um wirtschaftliche Effizienz. Wir sind uns bewußt, wie sehr diese Wirtschaftsordnung Konflikte entspannt und Freiräume schafft. Das Wort von Müller-Armack gilt noch heute:

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Beitrag zum Frieden nach innen und außen.

## II. Die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht

Die Menschen suchen nicht nur soziale Sicherheit und materiellen Wohl-

stand. Sie wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Was der einzelne für sich entscheiden kann, darf der Staat nicht an sich ziehen.

**Menschen in Not brauchen nicht nur staatliche Hilfe. Sie brauchen vor allem Menschen, die ihnen helfen, nicht nur Sachbearbeiter, die ihren Fall verwalten. Freiwillige soziale Dienste und ehrenamtliche Tätigkeit werden wir fördern, wo immer wir können.**

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau muß selbstverständlicher werden. Die Benachteiligungen in der Arbeitswelt müssen abgebaut werden durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine gerechte Arbeitsplatzbewertung. Ich finde, es ist ein Ärgernis, wenn Frauen durch Einordnung in Leichtlohngruppen benachteiligt werden.

Hier sind in erster Linie die Tarifpartner gefordert. Wir werden durch neue arbeitsrechtliche Bestimmungen dazu beitragen, die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit werden wir nach Kräften begünstigen. Die Bundesregierung strebt eine rechtliche Regelung an, die Benachteiligungen der Teilzeitarbeit ausschließt.

Teilzeitarbeit kann auch für Männer attraktiv werden. Das Gesetz kann hier nicht alles regeln. Deshalb suchen wir das Gespräch mit den Tarifpartnern. Wir müssen gemeinsam neue Formen des Arbeitslebens und der Arbeitszeit verwirklichen.

Beruf ist für uns nicht nur außerhäusliche Erwerbstätigkeit. Die Tätigkeit im Haus und für die Kinder ist gleichwertig. Sie muß wieder mehr Anerkennung finden.

Vorrangig sind für uns Kindergeld bzw. Kindergeldzuschlag in den ersten Jahren der Kindererziehung für alle Mütter oder Väter und die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung. Sobald die Finanzlage es zuläßt, werden wir sie einführen.

**Wir müssen wieder ein kinderfreundliches Land werden. Deshalb werden wir für einen Familienlastenausgleich sorgen. Mit Kindergeld und steuerlichen Erleichterungen werden wir die Familie weiterhin fördern. Durch ein Familiensplitting werden wir in dieser Legislaturperiode das Steuerrecht familienfreundlicher ausgestalten.**

Für jeden, auch für Alleinerziehende gilt:

Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat.

Das Fundament für eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit ist die Familie. Hier lernen die Menschen Verhaltensweisen, die unsere Gesellschaft prägen: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung.

Meine Damen und Herren, wir hatten hier im Zusammenhang mit der Diskussion um die Neuordnung des § 218 vor knapp einem Jahrzehnt von großer Leidenschaft und großem Ernst geprägte Debatten. Ich finde,

wir müssen die Zusagen ernst nehmen, die damals von allen Seiten gegeben wurden: Wir müssen uns um die alleinstehenden Mütter kümmern, ihre Diskriminierung in der Gesellschaft abbauen und ihre soziale Sicherung festigen. Wir müssen mehr tun für den Schutz des ungeborenen Lebens.

Unser Beitrag soll sein:

- der Familienlastenausgleich,
- eine Erleichterung des Adoptionsrechts
- und gemeinsam mit den Ländern eine erweiterte Beratung und Hilfe für schwangere Frauen.

Es ist umstritten, Schwangerschaftsabbrüche wegen einer Notlagenindikation mit Steuergeldern und Krankenkassenbeiträgen zu finanzieren. Das Bundesverfassungsgericht befaßt sich zur Zeit mit diesem Thema. Wir werden das Urteil abwarten und dann die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Im Scheidungsfolgerecht brauchen wir mehr Gerechtigkeit im Einzelfall. Wir werden das Recht des Versorgungsausgleichs weiter verbessern und dabei Ursachen für die Zerrüttung der Ehe mitberücksichtigen. Bei Vereinbarungen über die Scheidungsfolgen sollten die Partner mehr Freiheit erhalten.

Unsere Gesundheitspolitik wird die Eigenverantwortung des Menschen für seine Gesundheit betonen. Wir werden der Selbsthilfe mehr Raum geben und die Selbstverwaltung stärken.

Die medizinische Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland steht

auf hohem Niveau. Das allerdings hat einen Preis, der zunehmend die Einkommen der Bürger belastet. Vor allem die Kostenexplosion im Krankenhausbereich muß eingedämmt werden. Die Leistungsfähigkeit der medizinischen Technik ist unbestritten. Der Patient braucht jedoch nicht nur Technik, sondern auch menschliche Zuwendung.

Der Mißbrauch von Alkohol, Medikamenten und Drogen erfüllt uns alle mit großer Sorge. Wir müssen gemeinsam mit den freien Trägern und Ländern Schäden heilen und vor allem die Ursachen bekämpfen.

Körperliche und seelische Belastungen in der Industriegesellschaft, Verkehrs- und Arbeitsunfälle setzen jeden der Gefahr einer Behinderung aus. Der soziale Rechtsstaat muß allen Behinderten helfen, sich in Beruf und Gesellschaft entfalten zu können.

Behinderte wollen nicht Mitleid, sondern aktive Solidarität.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es unsere Pflicht, für die Eingliederung unserer behinderten Mitbürger in Beruf und Gesellschaft zu sorgen. Weil uns Schutz und Hilfe für die Schwerbehinderten so wichtig sind, müssen wir Fehlentwicklungen abwenden. 4,5 Millionen Bürger haben einen Schwerbehindertenausweis. Ihnen stehen Vergünstigungen zu, ohne daß dies in jedem Fall den persönlichen Lebensumständen gerecht wird. In Zukunft muß die Hilfe des Staates denjenigen zukommen, die sie wirklich benötigen.

### III. Die technologische Herausforderung

Unsere Gesellschaft braucht den technischen Fortschritt. In den Informations- und Kommunikationstechnologien, in neuen Fertigungstechniken, in der Biotechnologie und bei der Entwicklung neuer Materialien gibt es weltweit eine stürmische Entwicklung. Sie bietet Chancen, birgt aber auch Gefahren. Wir wissen, daß nicht alles den Menschen Mögliche dem Menschen gemäß ist. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Der Mensch muß Herr der Technik bleiben.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken versprechen neue Wachstumsmöglichkeiten. Für ihre Anwendung schafft die Deutsche Bundespost wichtige Voraussetzungen. Diese Technologien erschließen Industrie und Handwerk sowie der Deutschen Bundespost zukunftsweisende Arbeitsfelder. Wir müssen alles tun, um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.

**Die Meinungsvielfalt erhält durch die neuen Kommunikationstechniken neuen Auftrieb. Deshalb begrüßt die Bundesregierung die Initiativen einzelner Bundesländer, neue Organisations- und Beteiligungsformen für Hörfunk und Fernsehen zu schaffen. Die Chancen der neuen Techniken müssen ausgeschöpft, die Risiken möglichst gering gehalten werden. Mit den Ländern werden wir den Dialog über die Medienordnung der Zukunft suchen.**

Im Ausland sind die neuen Techniken schon weit vorangekommen. Wenn wir nicht schwere Nachteile erleiden wollen, müssen wir wieder den Anschluß finden. Die Bundesregierung wird deshalb auf Entscheidungen drängen, damit die neuen Techniken freiheitlich genutzt werden können.

Die Bundesregierung wird eine umfassende Konzeption für die Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken vorlegen.

Wir werden bestehende Stiftungen fördern und prüfen, wie neue gemeinnützige Stiftungen ermutigt werden können. Dabei soll die Frage nach der Notwendigkeit der Novellierung des geltenden Stiftungsrechtes geprüft werden.

Die beste Technik nützt nichts, wenn die Menschen sie nicht beherrschen. Bund und Länder, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, wir alle müssen in einer großen gemeinsamen Anstrengung genügend berufliche Bildungsmöglichkeiten schaffen, auch als sinnvolle Alternative zum Studium. Wir halten fest am bewährten dualen System, das Schule und praktische Ausbildung verbindet.

**Die Bundesregierung begrüßt, daß die Länder begabte Schüler verstärkt fördern wollen. Sie wird dem Deutschen Bundestag einen Bericht über ihre Politik zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf vorlegen. Niemand darf wegen seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden. Wer sich durch gute Leistungen auszeichnet und aus ei-**

**ner einkommensschwachen Familie stammt, dem muß auch künftig geholfen werden.**

Gemeinsam mit den Ländern werden wir die Forschung an den Hochschulen stärken. Zwischen den Hochschulen muß mehr Wettbewerb um wissenschaftliche Leistung stattfinden. Wir werden junge Wissenschaftler, die besonders qualifiziert sind, fördern.

Unsere Grundlagenforschung muß sich im internationalen Vergleich behaupten können. Das kann nur dann gelingen, wenn wissenschaftliche Spitzenleistung wieder die verdiente Anerkennung findet. Das Hochschulrahmengesetz muß auch daran gemessen werden, wieweit es der wissenschaftlichen Forschung und Lehre nützt.

Auf Leistungseliten können wir nicht verzichten. Es müssen offene Eliten sein, bei denen die individuelle Leistung zählt. Die Zeiten sind nicht so, daß unsere Gesellschaft es sich erlauben dürfte, Talente unentdeckt und ungefördert zu lassen.

Viele junge Akademiker erhalten derzeit nach Abschluß ihres Studiums nicht die Chance, ihren Ideenreichtum und ihre Leistungsfähigkeit in einem angemessenen Beruf zu beweisen. Das ist ein Verlust für die Gesellschaft und ein Unglück für die Betroffenen. Wir dürfen das nicht als unabwendbares Schicksal hinnehmen, sondern müssen es als Herausforderung ansehen, den jungen Hochschulabsolventen — und sei es etwa auch durch Umschulungen — die Chance für entwicklungsfähige Berufe zu eröffnen.

**Unser Staat braucht die zupackende Mitarbeit der jungen Generation. In diesem Jahr werden alle Jugendlichen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind, eine Lehrstelle erhalten können. Allerdings wird nicht jeder seinen Wunschberuf erlernen können, nicht jeder dort arbeiten können, wo er möchte. Einem hochentwickelten Industrieland wie der Bundesrepublik Deutschland muß es möglich sein, diese schwierige Aufgabe zu lösen.**

Ich möchte mich bei Handwerk, Handel, freien Berufen, Industrie, bei den Gewerkschaften und bei allen ausbildenden Betrieben ausdrücklich für ihre Bereitschaft bedanken, der Jugend zu helfen. Daß dies ohne gesetzlichen Zwang möglich ist, beweist die Stärke der freiheitlichen Gesellschaft.

Auch in den Jahren 1984 und 1985 werden wieder viele Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen. Ihre erste Erfahrung in der Welt der Erwachsenen darf nicht darin bestehen, nicht gebraucht zu werden. Ich werde deshalb auch in den kommenden Jahren auf eine besondere Initiative für die Ausbildung drängen. Wer an dieser Initiative herumgörgelt hat, sollte künftig lieber mit anpacken, wenn ihm das Schicksal junger Leute am Herzen liegt.

Wir müssen den Jugendlichen Hoffnung geben. Mancher von ihnen ist enttäuscht, daß Erwartungen und Versprechungen in der Vergangenheit nicht erfüllt worden sind. Aber das Bild von einer abseits stehenden jungen Generation ist falsch. Die große

Mehrheit stellt sich ihrer Verantwortung in der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft.

In Gruppen und Vereinen mit sozialen, politischen, kulturellen, kirchlichen und sportlichen Aufgaben nutzen Hunderttausende junger Menschen die Möglichkeiten, der eigenen Tätigkeit Sinn zu geben.

Wir unterstützen dieses vorbildliche Engagement. Ich denke an die erfolgreichen Bundeswettbewerbe „Jugend musiziert“ und „Jugend forscht“, an denen jährlich mehr als zehntausend Jugendliche teilnehmen. Der von mir angekündigte „Wettbewerb sozialer Initiativen“ wird in diesem Jahr beginnen.

Wir sind verpflichtet, die uns anvertraute Umwelt auch den nachfolgenden Generationen zu erhalten. Wir haben nicht das Recht, die Natur rücksichtslos auszubeuten. Der technische Fortschritt muß Rücksicht nehmen auf die Umwelt. Die von der modernen Technik verursachten Schäden können nur durch den Einsatz modernster Mittel der Technik wieder abgebaut und beseitigt werden.

Die Schäden an unseren Wäldern sind alarmierend, die zunehmende Verschmutzung von Nord- und Ostsee ist erschreckend. Die Bürger erwarten wirksame Gegenmaßnahmen. Wir haben sofort nach Regierungsübernahme gehandelt.

Unser Wald hat eine unschätzbare Bedeutung für Wasserhaushalt, für Klima, für Gesundheit und Erholung und für die Unverwechselbarkeit der deutschen Kulturlandschaft. Gelingt

es uns nicht, die Wälder zu retten, wäre die Welt, in der wir leben, nicht wiederzuerkennen.

Das Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfeindliche Produktionsverfahren dürfen sich nicht lohnen. Umweltfreundliches Verhalten muß sich auch wirtschaftlich auszahlen.

**In der Umweltpolitik der Bundesregierung behält die Luftreinhaltung Vorrang. Die Luftverschmutzung, die entscheidend zum Waldsterben beiträgt, werden wir mit einem breit angelegten Programm deutlich reduzieren.**

**Wir werden uns weiterhin um den Schutz des Grundwassers und der Binnengewässer bemühen.**

Ebenso vordringlich ist eine lückenlose Kontrolle von Abfalltransporten — auch über die Grenzen hinweg. Die Bestimmungen über die Beförderung gefährlicher Abfälle werden wir verschärfen. Umweltkriminalität ist ein Anschlag auf Leben und Gesundheit der Menschen und muß geahndet werden.

Auch die Lärmgrenzwerte für Kraftfahrzeuge werden wir herabsetzen. Hier wie in allen anderen wesentlichen Fragen des Umweltschutzes geben wir einer einheitlichen europäischen Lösung den Vorzug. Wir haben erste Schritte unternommen, um die Verminderung der Kraftfahrzeugabgase zu erreichen.

Umweltverschmutzung macht vor Grenzen nicht halt. Umweltschutz erfordert daher das Zusammenwirken benachbarter Staaten und in zunehmendem Maß weltweite Anstrengung.

Wir setzen uns ein für internationale Übereinkommen und für Vereinbarungen mit der DDR.

Im Umweltschutz haben wir viel geleistet. Viel bleibt noch zu tun. Ich rufe jeden Bürger auf, mehr Rücksicht auf die Natur unseres Landes zu nehmen.

Bei den Veränderungen, die wir im Zeitalter der technologischen Herausforderung erleben, sind die Erfahrungen unserer älteren Mitbürger von besonderem Wert.

Auf die Leistungen älterer Menschen, ihre Urteilsfähigkeit und ihre Lebenserfahrung dürfen wir nicht verzichten. Wir wollen Politik nicht nur für sie, sondern mit ihnen machen.

Der vierte Familienbericht, den die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode vorlegen wird, soll zeigen, wie alte Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und wie auch mehrere Generationen, wenn sie wollen, unter einem Dach leben können. Unsere Wohnungsbauförderung wird dem Rechnung tragen.

**Die häusliche Pflege werden wir unterstützen und ihre Förderung ausweiten. Denn es ist oft menschlicher und vernünftiger, soziale Dienste zu den Menschen zu bringen, als Menschen in sozialen Einrichtungen unterzubringen.**

Nachbarschaftshilfe — damit ist nicht nur mitmenschliche Fürsorge gemeint. Jede Selbsthilfe von Jung und Alt weckt das Selbstbewußtsein und damit den Elan des einzelnen und der Gemeinschaft.

Geradezu beispielhaft hierfür ist die Turn- und Sportbewegung unseres Landes. Millionen Sportler sind die größte Bürgerinitiative Deutschlands. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung beteiligt sich heute an dem Breiten- und Freizeitsport. Der Deutsche Sportbund sowie seine Mitgliedsorganisationen und -vereine demonstrieren, was Selbsthilfe vermag. Seit den ersten Tagen unserer Republik tragen Leistungssportler unseren Namen in die Welt.

Doch uns geht es nicht nur um Medaillen und Rekorde, nicht allein um sportliche Ehre für unser Land. Wir wollen keinen Sport im Dienste des Staates, sondern Sport im Dienste des Menschen.

## IV. Der freiheitliche Rechtsstaat

Wirksamkeit und Überzeugungskraft staatlichen Handelns wachsen, wenn der Staat darauf verzichtet, zu viele Bereiche unseres Lebens zu regeln. In der Vergangenheit hat der Staat im Übermaß Aufgaben an sich gezogen. Umkehr ist dringend geboten.

In engem Zusammenwirken mit den Ländern werden wir Bürgern und Wirtschaft wieder mehr Freiräume zu eigenverantwortlichem Handeln verschaffen und auf bürgernahe Entscheidungen der Verwaltung hinwirken.

**Gutes Recht muß auch schnelles Recht sein. Gerichtlicher Schutz muß rasch gewährt werden. Eine überlange Verfahrensdauer untergräbt das Vertrauen des Bürgers**

**in die Rechtspflege. Wir wollen deshalb gerichtliche Verfahren vereinfachen und straffen.**

Dabei darf der Rechtsschutz des Bürgers nicht geschmälert werden. Wir wollen keinen kurzen Prozeß, sondern kürzere Verfahren.

Es muß gelingen, das Recht zu vereinfachen und Überreglementierung zu beseitigen. Ich denke hier vor allem an das Baurecht, das Bauplanungsrecht und an die Genehmigungsverfahren für Großanlagen.

Die Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshöfe sollen für Verfahren, die Großanlagen betreffen, die erstinstanzliche Zuständigkeit erhalten. Der oft jahrelange Schwebezustand für die Betroffenen soll auf diese Weise verkürzt und die wirtschaftliche Unsicherheit für die Antragsteller verringert werden. Die Sicherheit für Bevölkerung und Umwelt darf dabei keine Einbußen erleiden.

Das Gebot der straffen, vereinfachten Verfahren muß für sämtliche Gerichtszweige gelten. Zur weiteren Entlastung der Gerichte sollten die Möglichkeiten für eine vorgerichtliche Schlichtung mehr genutzt werden.

Angesichts der wachsenden Zahl von Verfassungsstreitigkeiten müssen wir auch prüfen, wie das Bundesverfassungsgericht entlastet werden kann.

Für die Erhaltung und den weiteren Ausbau des freiheitlichen Rechtsstaates brauchen wir gute Juristen. Die Bundesregierung wird die Juristenausbildung weiterentwickeln und wieder vereinheitlichen. Sie wird sich um Lösungen bemühen, die möglichst von allen Ländern getragen werden.

Das Berufsbeamtentum hat Verfassungsrang und darf nicht angetastet werden. Gemeinsam mit den Verbänden und Gewerkschaften werden wir dafür sorgen, daß — auch in Zeiten notwendiger Einsparungen — der öffentliche Dienst seine Verantwortung wahrnehmen kann. Bei Einsparungen sind die Angehörigen der verschiedenen Gruppen des öffentlichen Dienstes nach Möglichkeit gleich zu behandeln. Beamte haben kein Streikrecht. Das darf ihnen jedoch nicht zum Nachteil gereichen.

Immer mehr Deutsche leben für längere Zeit im Ausland und können damit ihr Wahlrecht nicht ausüben. Wir werden dafür sorgen, daß sie durch die notwendige Gesetzgebung wählen können.

**Wir werden das Datenschutzgesetz novellieren. Dabei soll der Datenschutz vor allem im Gesundheitswesen verbessert werden. Die Erhebung von Daten dient dem Bürger und seinen Bedürfnissen. Datenschutz und öffentliche Sicherheit haben gleiches Gewicht.**

**Die innere Sicherheit ist eine Voraussetzung für unsere freiheitliche Ordnung. Polizei, Grenzschutz und Verfassungsschutz tragen eine hohe Verantwortung; sie verdienen das Vertrauen und den Dank unserer Bürger.**

Die Zunahme der Gewalt ist besorgniserregend. Wir werden Gewalt — unter welchem Namen und mit welcher Begründung sie auch auftreten mag — in unserem Rechtsstaat nicht dulden. Die Bundesregierung wird zur

Sicherung des inneren Friedens und des Demonstrationsrechts den strafrechtlichen Schutz gegen Landfriedensbruch verstärken und prüfen, ob weitere Maßnahmen, zum Beispiel gegen Vermummung und passive Bewaffnung, erforderlich sind. Extremisten, sei es von rechts oder von links, haben bei uns keine Chance.

Das Kontaktsperregesetz werden wir weiterentwickeln, ohne den Schutz vor terroristischen Aktivitäten zu beeinträchtigen.

**Unsere Rechtspolitik wird die Rechte des einzelnen wahren, die Rechtsordnung durchsetzen und unsere Institutionen schützen.**

Zur Sicherung des inneren Friedens müssen Bund und Länder eng zusammenwirken.

Wir sind stolz auf unseren Föderalismus, um den uns viele Länder beneiden. Die von unserer Verfassung besonders geschützte Eigenständigkeit der Länder bewahrt uns vor einem bürgerfernen Zentralstaat. Die Kompetenzen des Bundes dürfen nicht länger extensiv zu Lasten der Länder ausgelegt und in Anspruch genommen werden.

Zur föderativen Ordnung gehört nach unserem Verständnis auch die kommunale Selbstverwaltung. Sie hat hohen Verfassungsrang. Die Bürgernähe der Gemeinden ist für unsere Demokratie von fundamentaler Bedeutung. Die Gemeinden brauchen Handlungsspielraum. Ihnen und den Ländern darf der Bund nicht seine Lasten zuschieben. Wir werden das Gespräch mit den Ländern regelmäßig auch über diese Frage zu führen haben.

Unsere freiheitliche Gesellschaft bezieht ihre Lebenskraft aus gemeinsamen Grundwerten: Meine Anerkennung und Dank gilt der großartigen Leistung der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die unser Wertbewußtsein mitprägen. Ohne christliche Ethik und Nächstenliebe wäre unser Volk ärmer. Ich würdige die vermittelnde Rolle der Kirchen und habe großen Respekt und Achtung vor der Friedensarbeit der Kirchen in beiden Teilen Deutschlands. Ich danke auch den Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft in Deutschland, die für den Ausbau unseres freiheitlichen Staates immer wieder unverzichtbare Beiträge geleistet haben.

Für unsere Ausländerpolitik gelten die Grundsätze, die ich in meiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 dargelegt habe:

- die Integration der seit langem bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien,
- die Begrenzung des weiteren Zuzugs,
- die Förderung der Rückkehrbereitschaft.

Die von mir angekündigte Kommission hat ihre Arbeitsergebnisse vorgelegt. Notwendige Entscheidungen werden nach eingehender Diskussion getroffen. Die Bundesregierung wird den Entwurf eines neuen Ausländergesetzes vorlegen.

In der Bundesrepublik Deutschland leben jetzt über 4,6 Millionen Ausländer. Wir alle wissen, daß wir ihnen viel verdanken.

**Die Bundesregierung kann aber nicht hinnehmen, daß Ausländer**

**ihre politischen Auseinandersetzungen mit kriminellen Mitteln auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland austragen. Wir werden sorgfältig untersuchen, ob politischer Extremismus und Kriminalität von Ausländern dadurch wirksamer bekämpft werden können, daß die Ausweisungsmöglichkeiten erweitert werden.**

Um Verfolgten und Flüchtlingen aus aller Welt gemäß der freiheitlichen Tradition unseres Grundgesetzes Schutz bieten zu können, wird die Bundesregierung alles tun, um den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern.

Das Zusammenleben ist nicht ohne Probleme. Ich appelliere an Deutsche und Ausländer, sich um noch mehr gegenseitiges Verständnis und Toleranz zu bemühen.

## **V. Frieden, Freiheit, Sicherheit**

Deutsche Außenpolitik heißt vor allem: Bewahrung der Freiheit und Festigung des Friedens in Europa und in der Welt. Für uns ist aktive Friedenspolitik eine politische Notwendigkeit und sittliche Pflicht.

Wir sind ein weltoffenes Land und wollen es bleiben. Wir wollen gute Nachbarn in Europa sein. Wir brauchen Partner und Freunde in der Welt. Wir haben sie und wollen die Freundschaft erhalten.

Wir können dies, weil unsere Politik zuverlässig, vertragstreu und berechenbar ist. Unsere Freunde und Partner können sich auf uns verlassen.

Die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und die Europäische Menschenrechtskonvention bestimmen unsere Politik. Als freier Teil eines geteilten Volkes bleiben wir verpflichtet, für die Menschenrechte aller Deutschen zu kämpfen.

Die Schlußakte von Helsinki verpflichtet alle, die sie unterschrieben haben.

**Gewaltverzicht ist und bleibt Kernstück unserer Friedenspolitik. Das Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen gilt für alle und überall.**

Wir leben an der Trennungslinie zwischen Ost und West. Das legt uns besondere Lasten für unsere Sicherheit auf, zwingt uns in besonderem Maße zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit kommunistischen Gesellschaftssystemen, verpflichtet uns aber auch zur Verständigung. In unserer Lage ist es wichtig, daß das Bild von unserem Land, von unserer Volk und von unserer Geschichte auch im Ausland lebendig ist. Wir brauchen die Sympathie anderer Völker.

Unsere auswärtige Kulturpolitik fördert die Verständigung und dient dem Frieden. Die deutschen Schulen im Ausland müssen stärker gefördert werden. Wir werden neue Anstrengungen unternehmen, um die deutsche Sprache im Ausland mehr zu verbreiten.

## **Die Allianz als Friedensfaktor**

Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung für das Atlantische Bündnis, für die Partnerschaft mit den

USA und Kanada, wird uns auch in Zukunft Frieden und Freiheit sichern. Ich stehe dafür, daß der Weg, den CDU/CSU und FDP unter Konrad Adenauer eingeschlagen haben, nicht verlassen wird.

**Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West.**

**Wer von ganzem Herzen für den Frieden eintritt,**

**wer Freiheit und Menschenwürde als höchstes Gut betrachtet,**

**wer unsere nationalen Interessen auf Dauer gesichert sehen will,**

**der muß das westliche Bündnis stark und gesund erhalten. Die Atlantische Allianz sichert den Frieden in Europa; sie ist ein wesentlicher Faktor der Stabilität für die ganze Welt.**

**Kernstück der Allianz bleibt die festverwurzelte Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.**

Diese Bindung mit Amerika reicht dreihundert Jahre zurück. Millionen deutscher Auswanderer haben in vielen Generationen das Werden der amerikanischen Nation mitgeformt. Für den Anfang nach dem zweiten Weltkrieg steht für uns die historische Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes; er sagte 1946 in Stuttgart:

*„Das amerikanische Volk möchte dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt.“*

**Die Grundlagen dieser Freundschaft sind seit Oktober 1982 für**

**jedermann sichtbar gefestigt. Das Vertrauen ist erneuert.**

**In den Konsultationen mit unseren Verbündeten bringen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungsinteressen voll zur Geltung. Wir werden die politische und militärische Zusammenarbeit im Bündnis weiter stärken, aktiv mitgestalten und mitverantworten.**

Jeder weiß, daß unsere vitalen Interessen über den NATO-Vertragsbereich hinausreichen. Krisenhafte Entwicklungen in anderen Teilen der Welt wirken sich auf uns aus. Deshalb brauchen und üben wir Solidarität und enge Abstimmung mit den Verbündeten, die weltweit Verantwortung übernommen haben.

Unser Gewicht im Bündnis wird maßgeblich von unserem Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung bestimmt. Daher wird die Bundesregierung der Bundeswehr die erforderliche Unterstützung und Mittel geben, damit sie ihren Auftrag der Friedenssicherung erfüllen kann.

Die Bundesregierung wird den Verteidigungswillen — und dazu gehört auch die zivile Verteidigung — in unserem Volk wachhalten und die Bürger vom Sinn unserer Anstrengungen überzeugen.

Für die nächste Zeit stellen sich vor allem drei Aufgaben der Verteidigungspolitik:

1. Wir werden die personellen Probleme der Bundeswehr lösen, damit sie trotz schwächer werdender Jahrgänge ungeschmälert einsatzfähig bleibt. Es ist mein fester Wil-

le, mehr Wehrgerechtigkeit zu schaffen. Es geht nicht an, daß mehr als ein Drittel unserer jungen Männer weder Wehr- noch Zivildienst leistet.

2. Alle reden vom Frieden, unsere Soldaten sichern ihn. Ihr Dienst ist Friedensdienst. Das sollte man auch in unseren Schulen sagen. Wir wollen keine Wehrezziehung, aber wir brauchen eine realistische Darstellung der Notwendigkeit unserer Sicherheitspolitik und unserer Verteidigungsbereitschaft in den Schulen.

3. Nur eine umfassende Abrüstung könnte militärische Mittel zur Friedenssicherung entbehrlich machen. Solange das nicht geschieht, bleibt die Bündiskonzeption von Abschreckung und Verteidigung auf der Grundlage des Gleichgewichts unverzichtbar.

Wir können die Nuklearwaffen nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Ein einseitiger Verzicht würde die auf uns gerichtete nukleare Bedrohung nicht mindern, sondern die Gefahr eines Krieges erhöhen.

**Es gibt nur einen Weg aus diesem Dilemma: Wir müssen die nuklearen Waffen auf beiden Seiten drastisch reduzieren, diejenigen, die unsere Existenz bedrohen, und diejenigen, die wir heute für unsere Sicherheit bereithalten müssen. Der Weg zu mehr Sicherheit führt weg von Waffen. Ich werde immer danach handeln: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.**

## Europa – eine historische Aufgabe

Den Frieden in Freiheit zu sichern, ist auch Aufgabe unserer Europapolitik.

Es ist unsere historische Aufgabe, auf dem Weg der Einigung Europas energisch voranzugehen. Nur ein geeintes Europa kann seinen Aufgaben in der Welt gerecht werden. Nur ein geeintes Europa kann auf Dauer unsere freiheitliche demokratische Ordnung gewährleisten.

**Die Bundesregierung setzt sich mit aller Kraft für die Europäische Union ein.**

Für die vor uns liegenden Aufgaben gilt in vollem Umfang, was ich in meiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 gesagt habe. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß beim nächsten Treffen des Europäischen Rats Anfang Juni in Stuttgart Europa durch konkrete Beschlüsse vorankommt.

Ein zwingendes Gebot ist mehr Geschlossenheit und bessere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik der EG-Mitglieder. Die sicherheitspolitische Solidarität muß gestärkt und die Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Die Bundesregierung tritt trotz aller Schwierigkeiten und Probleme dafür ein, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft einander anzunähern. Koordinierung ist notwendiger denn je. Der Kampf gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit erfordert den freien Binnenmarkt. Aber auch nach außen muß die Gemeinschaft offen

bleiben. Um als demokratisches Kontrollorgan wirken zu können, braucht das Europäische Parlament ausreichende Befugnisse. Wir sollten in allen Ländern Europas die Chance wahrnehmen, noch vor den Direktwahlen 1984 zur 2. Legislaturperiode einen Schritt voranzumachen. Die Direktwahlen 1984 müssen ein überzeugendes Bekenntnis unserer Bürger zu einem starken und einem einigen Europa werden.

Die deutsch-französische Freundschaft ist tragender Pfeiler eines enger zusammenwachsenden Europas. Sie ist in beiden Ländern fest verankert. Der Elysee-Vertrag hat sie besiegelt. Auf dieser Grundlage wollen wir die vertrauensvolle Zusammenarbeit weiter ausbauen; wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Einigung Europas.

Wir werden ebenso als Bundesregierung die zweiseitigen Beziehungen zu anderen Partnern in Europa auch über die Europäische Gemeinschaft hinaus intensiv pflegen. Die regelmäßigen Konsultationen mit Großbritannien und Italien haben sich bewährt. Wir werden daran festhalten. Ich habe gestern mit dem spanischen Ministerpräsidenten vereinbart, daß wir in ähnlicher Weise künftig zu regelmäßigen Konsultationen mit unseren spanischen Freunden kommen. Das ist ein weiterer Schritt auf dem Wege nach Europa.

Die Bundesregierung tritt für den Beitritt Portugals und Spaniens in die Gemeinschaft ein. Beide Länder müssen ihnen gebührenden Platz in Europa einnehmen können. Hierbei wird

sich die traditionelle Freundschaft mit ihnen erneut beweisen. Ihr Beitritt zur Gemeinschaft stärkt die Stabilität Europas. Das gleiche gilt für das Assoziierungsabkommen mit der Türkei.

Unsere Erwartung an die europäische Einigung bemißt sich nicht nach Monaten und Jahren. Ich sage das in jene Stimmung der Resignation hinein, die in vielen europäischen Ländern, auch bei uns, anzutreffen ist. Sie bemißt sich nicht nach Monaten und Jahren und nicht allein nach Konferenzen und Beschlüssen. Wir müssen in diesem zentralen Punkt deutscher Zukunft historische Zeiträume bemühen. Erinnern wir uns an das Wort Konrad Adenauers: „Europa“, so sagte er, „das ist wie ein Baum, der wächst, aber nicht konstruiert werden kann.“

## Abbau von Spannungen

Aufgrund unserer Lage und unserer Geschichte sind wir Deutsche bestrebt, nach West und Ost gute Beziehungen zu pflegen. Für uns Deutsche gibt es zahlreiche historische Bindungen mit dem Osten. Wir haben ein tiefes Verständnis von der kulturellen Einheit Europas in all seiner Vielfalt und Verschiedenartigkeit. Wir betrachten unsere Nachbarvölker in Mittel- und Osteuropa — nicht nur in diesem kulturellen Sinn — als Teile Europas.

Wir haben Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis aller Staaten. Wir wissen um das historisch bedingte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Nichts rechtfertigt aber die Überraschung der Sowjetunion, die die Sicher-

heit der Nachbarn bedroht und politischer Erpressung dient.

**Und nichts rechtfertigt die expansive Politik Moskaus, die zur Invasion Afghanistans geführt hat und die auch dem polnischen Volk seine Entscheidungsfreiheit beschränkt.**

Die befriedigende Regelung humanitärer Fragen hat — dies muß die Sowjetunion wissen — entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Wir werden darauf drängen, daß wieder mehr Deutsche aus der Sowjetunion ausreisen können.

Uns liegt daran, eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Pakts zu erreichen. Wir streben an, die Gespräche mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion, auf allen Ebenen zu führen und wenn möglich zu vertiefen.

Dies darf jedoch keine einseitige Politik sein. Wir messen den Willen der Verantwortlichen in der Sowjetunion zur Zusammenarbeit an ihrer Bereitschaft, zum Abbau und zur Beseitigung aller Belastungen konkret beizutragen. Zu diesen Belastungen gehört auch, daß die Sowjetunion eine Außenpolitik auf zwei Ebenen betreibt, die sich gegenseitig ausschließen: Wenn die sowjetische Führung gleichzeitig den weltrevolutionären Klassenkampf gegen die freie Welt führen will, sind stabile, zwischenstaatliche Beziehungen auf Dauer nicht möglich.

Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen ihrer Friedenspolitik ihren

Kurs der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Pakts beharrlich und ohne Illusionen über die bestehenden Gegensätze weiterverfolgen.

Die Grundlage sind die geschlossenen Verträge, nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten wollen. Unser Ziel bleibt eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Die mit unseren Verbündeten eng abgestimmte Politik ist ein Angebot zum Dialog, zum Ausgleich und zur Zusammenarbeit. Sie entspricht den Prinzipien, die im Harmel-Bericht der Allianz schon 1967 festgeschrieben wurden und die für uns und unsere Freunde nach wie vor Grundlage tragfähiger Beziehungen zum Osten sind. Festigkeit und Verständigungsbereitschaft.

**Auf Einladung von Generalsekretär Andropow werde ich am 4. Juli in die Sowjetunion reisen. Für mich ist es wichtig, die neue Führung der Sowjetunion persönlich kennenzulernen und mit ihr über unsere Probleme und Interessen zu sprechen. Ich beabsichtige, wenn wir uns darüber verständigen können, diesen Dialog künftig mit einer gewissen Regelmäßigkeit fortzusetzen. Bei gutem Willen bietet sich ein weites Feld der Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlich-kulturellem Gebiet.**

In diesen Zusammenhang gehört auch die gemeinsame Bewältigung von Umweltproblemen und die Ver-

pflichtung der Sowjetunion, sich ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung endlich zu stellen.

Das Angebot der Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten schließt gegenseitig vorteilhafte und ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen ein. Wir sind einig mit unseren Bündnispartnern, daß solche Beziehungen ein wichtiger Faktor des Ost-West-Dialogs sind. Entscheidende Voraussetzung bleibt aber, daß unser Handeln in vollem Einklang mit unseren Sicherheitsinteressen steht.

Die Bundesregierung sieht in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in Madrid fortgeführt wird, ein Modell für die Gestaltung unserer Beziehungen mit den Staaten Osteuropas. Für uns sind dabei alle drei Körbe der Schlußakte von Helsinki von gleichem Gewicht:

- die Erklärung über die Prinzipien, die die Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und das Selbstbestimmungsrecht einschließt,
- das Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und
- die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik und der Umwelt.

Wir hoffen, daß es in Madrid möglich sein wird, auf der Grundlage der vorgelegten Vorschläge mit entsprechenden Verbesserungen, insbesondere im Blick auf die Menschenrechte, noch in diesem Jahr ein substantielles und ausgewogenes Schlußdokument

verabschieden zu können. Es würde ein präzises Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz enthalten und den Menschen in ganz Europa nützen.

**Das Schicksal des polnischen Volkes läßt uns nicht gleichgültig. Wir wünschen, daß es dem polnischen Volk gelingt, zu einer nationalen Übereinstimmung zu finden und die gegenwärtige Krise zu überwinden. Ablauf und Folgen des Besuches von Papst Johannes Paul II. werden Maßstab des inneren Friedens sein. Wir wollen Aussöhnung und Verständigung mit Polen, wie sie in beispielhafter Form von beiden Kirchen eröffnet wurden. Geschlossene Verträge gelten, wir wollen sie ausnutzen zum Ausbau unserer Beziehungen.**

## **Friedenssicherung durch Abrüstung**

Hoffnungen auf weniger Spannungen in der Welt und bahnbrechende Erfolge bei der Abrüstung haben sich leider nicht erfüllt. Viele unserer Mitbürger sind in Sorge und Zweifel, ob weitere Aufrüstung wirklich verhindert werden kann. Sie fragen sich auch, wann und wie die Aufrüstung der Dritten Welt im Angesicht von Hunger und Not ein Ende findet.

Die Mehrheit unserer Mitbürger erkennt, daß wir nur durch geduldiges und überlegtes Bemühen um Rüstungskontrolle und nicht durch Friedenssehnsucht allein die Waffenarsenale dieser Welt abbauen können. Niemand, der in politischer Verant-

wortung steht, kann guten Gewissens einseitige Abrüstungsmaßnahmen wollen, wenn dadurch die eigene Sicherheit in Gefahr gerät.

**Der Entwaffnete verliert die Fähigkeit zur Selbstverteidigung und wird erpreßbar. Die Sicherheit unseres Landes bleibt ein unverzichtbares Gut. Wer wehrlos ist, mit dem verhandelt niemand.**

**Deshalb können wir nur von sicherem Boden aus darum ringen, die Rüstungen in der Welt abzubauen.**

**Der Westen ist der Sowjetunion vielfach entgegengekommen; jetzt muß die Sowjetunion einen entscheidenden Schritt tun, damit am Ende des Weges Verträge stehen, die beiden Seiten Sicherheit garantieren.**

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind notwendige Bestandteile der Sicherheitspolitik der Atlantischen Allianz. Wir wollen konkrete und nachprüfbar vereinbarte über Abrüstung, die die Sicherheit beider Seiten nicht vermindern, sondern stärken. Wir arbeiten für den Erfolg der Genfer Verhandlungen. Wir wollen den Abbau nuklearer Mittelstreckenraketen. Wir halten den amerikanischen Vorschlag für ein Zwischenergebnis für fair und konstruktiv. Dieser Vorschlag wurde aufs engste im Bündnis abgestimmt. Dazu hat die Bundesregierung maßgeblich beigetragen.

Ich wende mich an alle, die die Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens bezweifeln: Ich weiß, daß der amerikanische Präsident mit allen Kräften den Erfolg der Genfer Verhandlungen will. Und ich

hoffe, daß die sowjetische Führung den gleichen Erfolgswillen hat. Dann werden wir noch in diesem Jahr ein Abkommen erreichen. Noch reicht die Zeit dafür aus. Ich appelliere an die sowjetische Führung zu begreifen, daß ein solches Abkommen auch im Interesse der UdSSR liegt.

Die gestrigen Äußerungen von Generalsekretär Andropow bestätigen unsere Auffassung, daß die sowjetische Führung ihr letztes Wort zum amerikanischen Vorschlag für ein Zwischenergebnis noch nicht gesprochen hat. Es kommt jetzt darauf an, meine Damen und Herren, mit Beginn der nächsten Genfer Verhandlungsrunde am 17. Mai alle Möglichkeiten auszuloten, um zu einem substantiellen Abbau der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa zu kommen.

Unser endgültiges Ziel bleibt — gemeinsam mit all unseren Partnern in der Allianz — die Null-Lösung. Das heißt: Die Sowjetunion wie die USA verzichten auf die Stationierung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen. Jeder weiß, daß dies ein Ziel ist, ein Ziel, das noch fern liegen mag. Deswegen ist es auch ganz selbstverständlich, daß wir auf dem Weg zu diesem erstrebenswerten Ziel jede vernünftige Zwischenlösung unterstützen. Aber, meine Damen und Herren, ich will keinen Zweifel an der Meinung der Bundesregierung aufkommen lassen: Wenn die Sowjetunion nicht bereit ist, Sicherheit in Europa durch Abrüstung herzustellen, dann müssen wir uns Sicherheit durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verschaffen.

Wir nehmen — im Sinne deutscher Politik — den NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen sehr ernst. Ich habe hier zum ersten Teil nachdrücklich und nachdenklich referiert. Ich sage allen Partnern und Freunden ebenso deutlich: Auf die Bundesrepublik Deutschland ist auch Verlaß, was den zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses betrifft.

Die Bundesregierung unterstützt die amerikanischen Bemühungen, auch die strategischen Nuklearwaffen beider Seiten drastisch zu verringern.

Wenn die Sowjetunion sich zum Abbau des konventionellen Übergewichts des Warschauer Pakts bereit findet, werden sich neue Perspektiven für die Rüstungsverminderung in Europa ergeben. Wir werden in den Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen einen Beitrag zum Abbau der konventionellen Rüstung in Mitteleuropa leisten.

Auch an den weltweit geführten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen der Vereinten Nationen beteiligen wir uns. Im Genfer Abrüstungsausschuß geht es uns vor allem um ein weltweites, umfassendes und verläßlich überprüfbares Verbot aller chemischen Waffen.

## **Frieden durch Gerechtigkeit in der Welt**

Der Friedenssicherung dient auch unsere außen- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Dritten Welt auf der Grundlage der Partnerschaft und des gegenseitigen Respekts.

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt echte Blockfreiheit ebenso wie regionale Zusammenarbeit als wichtige Elemente internationaler Stabilität.

Die Bundesregierung wird sich am Nord-Süd-Dialog in allen seinen Formen beteiligen. Wir messen dem Dialog der Weltreligionen eine hohe Bedeutung bei.

Wir erleben in unserer Zeit den Aufbruch der sich zum Islam bekennenden Völker. Mit ihrer Kultur- und Geisteswelt hat sich Europa schon vor Jahrhunderten fruchtbar auseinandergesetzt.

Viele Entwicklungsländer sind auf unsere Mithilfe angewiesen. Auch für uns sind Entwicklungsländer längst unentbehrliche Partner. Viele haben sich in schwierigen Zeiten als unsere Freunde erwiesen. Sie können damit rechnen, daß auch wir sie als Freunde unterstützen.

Wir werden den Ländern der Dritten Welt helfen, ihre Erfindungskraft und Dynamik zu entfalten. Zunächst geht es für sie

- um die Deckung der elementaren Bedürfnisse,
- um den Aufbau einer eigenen Ernährungsgrundlage,
- um die Förderung der Energieversorgung,
- um Ausbildung und
- um die Erhaltung der natürlichen Umwelt.

Damit helfen wir den Ländern der Dritten Welt und sichern damit auch Arbeitsplätze in unserem Land.

Die Bürger unseres Landes — und hier möchte ich die Jugend besonders hervorheben — beweisen seit Jahren durch ihr Verständnis und ihre Mitwirkung, wie wichtig ihnen Entwicklungshilfe ist. Wir wissen, was wir den Kirchen, den Stiftungen, den freien Trägern und den vielen Einzelinitiativen zu danken haben. Ich begrüße, daß sich die Bundesländer zunehmend an der Entwicklungshilfe beteiligen.

Die Bundesregierung wird die guten Beziehungen zu den Staaten Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens, Asiens, Lateinamerikas und des süd-pazifischen Raumes ausbauen.

Grundlage unserer Nahost-Politik ist der Respekt vor den berechtigten Interessen aller, zum Teil in Widerstreit miteinander lebenden Völker und Staaten jener Region.

Darüber hinaus gilt unsere Verbundenheit in besonderem Maße Israel und unsere Fürsprache seinen Lebens-, Freiheits- und Sicherheitsrechten.

Die freundschaftlichen Beziehungen zu Israel werden wir vertiefen. Unsere traditionelle Freundschaft mit der arabischen Welt werden wir ausbauen.

Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir bei der Lösung des Nahost-Konflikts zu helfen versuchen. Unsere Nahostpolitik orientiert sich am Existenzrecht Israels, am Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und am beiderseitigen Gewaltverzicht.

Im südlichen Afrika unterstützt die Bundesregierung einen gerechten In-

teressenausgleich. Sie tritt für die Überwindung der Apartheid und das friedliche Zusammenleben aller Südafrikaner ein. Sie wirkt mit ihren westlichen Partnern auf eine baldige Unabhängigkeit Namibias hin.

Aus Afghanistan müssen sich die sowjetischen, aus Kambodscha die vietnamesischen Truppen zurückziehen. Für beide Länder bedarf es einer gerechten Lösung, die vom Willen der Bevölkerung getragen wird.

Im Interesse von Frieden und Stabilität Südasiens begrüßen wir die Schritte Indiens und Pakistans, historische Belastungen im Verhältnis zueinander abzubauen. Die Bundesregierung bietet den asiatischen Staaten unsere partnerschaftliche Zusammenarbeit an, wie sie sich zwischen EG und ASEAN-Staaten bereits bewährt.

Mit Staaten in anderen Weltregionen verbinden uns gemeinsame Überzeugungen und ähnliche Wirtschaftsstrukturen. Ich nenne in diesem Zusammenhang Japan, Australien und Neuseeland.

Im Bewußtsein gemeinsamer Interessen und der traditionellen kulturellen Bindungen wollen wir die Beziehungen zur Volksrepublik China weiterentwickeln. China ist ein wichtiger Faktor in der Weltpolitik.

Unsere geschichtlich engen Verbindungen mit Lateinamerika werden wir besonders pflegen. Die Bundesregierung setzt sich für die Überwindung von Krisenursachen in Zentralamerika durch wirtschaftliche und soziale Reformen auf der Grundlage eines demokratischen Pluralismus ein.

Für weltweite Verständigung und Verhandlungen bleiben die Vereinten Nationen das zentrale Forum. Dem wird unsere Mitarbeit in der Weltorganisation Rechnung tragen. Wir werden uns für eine Stärkung ihrer Friedensrechte einsetzen, für die Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts. Dabei ist selbstverständlich, daß wir uns auch für die deutschen Interessen einsetzen, die sich aus der Teilung unseres Volkes ergeben.

## VI. Die Nation bewahren

Eine gefährliche Grenze verläuft quer durch Deutschland — dort, wo noch immer die Mitte Europas liegt. Diese Grenze trennt die Deutschen, sie trennt Ost und West. Vernunft und Menschlichkeit können sich nicht damit abfinden, daß an dieser Linie das Selbstbestimmungsrecht aufhören soll.

Die geschichtliche Erfahrung zeigt: Der gegenwärtige Zustand ist nicht unabänderlich. Realpolitik ja, Resignation nein.

Es sind jetzt 30 Jahre, seitdem der Volksaufstand des 17. Juni 1953 im sowjetischen Machtbereich aller Welt den Freiheitswillen der Deutschen demonstrierte. Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen sind auch heute noch ein Anschlag auf die Menschlichkeit. Wo sie existieren, gibt es keine Normalität.

**Wir schweigen nicht, wenn Menschenrechte verletzt werden: Zu diesen Menschenrechten gehört das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit und auf Freizügigkeit.**

Aus eigener Kraft allein können wir Deutschen den Zustand der Teilung nicht ändern. Wir können ihn aber erträglicher machen und weniger gefährlich. Ändern kann er sich nur im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa.

Für die Überwindung der deutschen Teilung haben wir den Rückhalt im Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft nötig. Sie garantieren uns Sicherheit und Freiheit, sie stützen die Hoffnung auf Einheit — nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas. Das Bündnis und das geeinte Europa brauchen wir mehr als andere.

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung bleibt bestimmt durch

- das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,
- den Deutschlandvertrag,
- die Ostverträge, die Briefe zur „Deutschen Einheit“ sowie die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der alle Fraktionen — CDU/CSU, SPD und FDP — zugestimmt haben,
- den Grundlagenvertrag und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und vom 7. Juli 1975.

Das Bewußtsein der Einheit Deutschlands und der gemeinsamen deutschen Kultur und Geschichte wachzuhalten, ist für uns Aufgabe und Verpflichtung. Sie soll nicht allein denen überlassen bleiben, die durch die Teilung unseres Vaterlandes besonders betroffen sind. Auch die Zonenrandförderung bleibt Ausdruck unseres

Willens, uns mit den Folgen der deutschen Teilung nicht abzufinden.

Viele Bürger unseres Landes verloren durch Vertreibung, Flucht und Aussiedlung ihre Heimat. Sie haben einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland geleistet, und sie haben sich unermüdlich für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und für die Einigung Europas eingesetzt. Es ist nicht zuletzt die Leistung der Vertriebenen, daß Revanchismus in Deutschland keinen Boden fand. Bereits in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenen feierlich den Gewaltverzicht erklärt mit den Worten:

*„Wir verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir werden jedes Beginnen unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist.“*

Wir stehen in der langen Reihe deutscher Patrioten, die die deutsche Einheit in einer größeren europäischen Heimat suchten. Europäische Friedenspolitik ist Teil unserer Geschichte und liegt im nationalen Interesse.

**Die Menschen in den beiden Staaten in Deutschland halten an der Zugehörigkeit zu Deutschland und an ihrem Selbstverständnis als Deutsche fest. Für uns gibt es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Wir bürgern niemanden aus.**

**Die bestehenden Verträge mit der DDR wollen wir nutzen und ausfüllen. Grundlage für praktische Regelungen ist die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung.**

Im innerdeutschen Handel liegen Chancen für beide Seiten. Er ist ein

stabiles Element der Beziehungen. Wir streben weitere praktische Fortschritte an. Wir sind bereit zu langfristigen Abmachungen über wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch sowie im Bereich des Umweltschutzes.

Dazu können Gespräche auf allen Ebenen nützlich sein. Das gilt auch für den im vorigen Jahr vereinbarten Jugendaustausch, den wir gern erweitern wollen.

Wer gutnachbarliche Beziehungen will — wie der Grundlagenvertrag formuliert —, muß mit uns dafür eintreten, daß Verträge nach Geist und Buchstaben eingehalten werden. Deshalb bestehen wir weiterhin entschieden auf der Senkung der Mindestumtauschsätze. Wir streben Erleichterungen für Reisen in beide Richtungen an. Einheit der Nation heißt auch, daß Menschen einander begegnen und sich in der gemeinsamen Geschichte wiederfinden. Unsere Gedanken gehen zu dieser Stunde hinüber nach Eisenach, wo heute auf der Wartburg die kirchlichen Luther-Feiern beginnen.

**Die Deutschen haben aus ihrer Geschichte gelernt. Sie wollen in Frieden und Freiheit miteinander leben. Wir wollen zueinander kommen, weil wir zueinander gehören.**

Berlin bleibt Prüfstein der Beziehungen zwischen Ost und West. Berlin ist keine Stadt wie jede andere. Die geteilte Stadt ist Symbol der deutschen Frage. Berlin ist eine nationale Aufgabe. Deshalb wollen wir die Lebenskraft der Stadt stärken und ihre Anziehungskraft fördern. Der kulturelle Reichtum Berlins gehört zu der besonderen Ausstrahlung der Stadt. Theater, Musikleben und Museums-

landschaft Berlins wirken weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Die Bundesregierung wird alles tun, damit Berlin diese Ausstrahlung behält.

1987 blickt Berlin auf 750 Jahre seiner Geschichte zurück. In der alten Reichshauptstadt soll ein deutsches historisches Museum errichtet werden. Die Bundesregierung wird bei der Verwirklichung helfen. Wir wünschen, daß das neue Museum im Jubiläumsjahr seine Tore öffnet.

Die wirtschaftliche Lage Berlins gilt es zu verbessern. In der ersten Wirtschaftskonferenz, die ich gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister einberufen habe, konnten wir Repräsentanten der deutschen Wirtschaft für folgende Aufgaben in Berlin gewinnen:

- verstärkt zu investieren und
- zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.

So bleibt Berlin Zentrum für Grundlagenforschung und moderne Technologie.

Wir treten weiterhin ein für Konsolidierung und Entwicklung der Bindung Berlins an den Bund sowie für die Wahrung der Außenvertretung Berlins durch den Bund. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächte-Abkommens über Berlin muß gewährleistet bleiben. Die Bundesregierung mißt dem reibungslosen Reiseverkehr von und nach Berlin hohe Bedeutung bei.

Die Bundesregierung hat am 13. Oktober 1982 ihre Absicht angekündigt, in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 zu gründen, die der Geschichte unseres Staates und der ge-

teilten Nation gewidmet ist. Die Bundesregierung hilft der Stadt Bonn, ihrer Funktion als Bundeshauptstadt gerecht zu werden.

**Wir müssen uns unserer Geschichte stellen mit ihrer Größe und ihrem Elend. Nichts wegnehmen, nichts hinzufügen. Wir müssen unsere Geschichte nehmen, wie sie war und ist: ein Kernstück europäischer Existenz in der Mitte des Kontinents. Der jungen Generation muß die deutsche Geschichte in ihren europäischen Bezügen und Bedingungen wieder geistige Heimat werden.**

Heute steht die Bundesrepublik Deutschland an einem Wendepunkt ihrer Geschichte.

„Der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen, er kann nur auf ihm fahren und steuern“. So hat Bismarck als Summe seiner Erfahrungen Aufgaben und Grenzen seiner Politik bestimmt.

**Die Regierung hat den Auftrag zu steuern. Sie zählt dabei auf den Sinn der Bürger für Realität und Richtung.**

Die Koalition der Mitte steht für Freiheit, Verantwortung und Mitmenschlichkeit. Wir wollen wahr machen, was uns das Grundgesetz als Erbe von Christentum und europäischer Aufklärung aufgetragen hat:

- die freie Entfaltung der Persönlichkeit in ihrer Verantwortung für den Nächsten.

**Dies bestimmt unsere Vision; es ist die Vision von einem Volk, das sich im Miteinander bewährt und daraus die Fähigkeit gewinnt, anderen zu helfen.**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

Wir haben allen Grund zur Zuversicht: Uns ist ein großes kulturelles Erbe übertragen: die deutsche Philosophie, die deutsche Dichtung und Literatur, die deutsche Musik und die bildenden Künste.

Wir sind aber auch ein Volk der Erfinder und Unternehmer, Sozialreformer und Wissenschaftler: das Volk von Albert Einstein und Max Planck, das Volk der Siemens und Daimler, der Zeiss und Röntgen, das Volk eines Ketteler und eines Bodelschwingh.

**Unser Volk wird die Herausforderung der industriellen Welt, die es so entscheidend geformt hat, bestehen. Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in der Industriegesellschaft.**

**Wir haben die Kraft und das Leitbild, Ethik und Ökonomie, Freiheit und Gerechtigkeit zu verbinden. Beides zusammen hat den Aufstieg der Deutschen aus der moralischen Katastrophe und dem**

**Elend vor mehr als 30 Jahren ermöglicht.**

**Dies zeigt die Energie und die Stärke unseres Volkes.**

**Das Tor zur Zukunft steht offen.**

**Die Koalition der Mitte wird den richtigen Weg gehen — in Verantwortung für Freiheit und Menschlichkeit in unserem Vaterland.**

**Das ist ihr Auftrag und ihr Wille.**

## Werbe- und Informationsmaterial zur Regierungserklärung

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle wird die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl

- als Broschüre
- und mit einer Zeitung, die die zentralen Punkte in journalistischer und aktueller Form wiedergibt, verbreiten. Die Materialien werden im nächsten UId vorgestellt.

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.  
**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verantwortung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).  
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

# UId